

Wahlplattform 2007 – 2011 der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)

Eine lebenswerte Schweiz sichern durch...

... gestärkte Familien

- **Kindergeld** statt Subventionswirrwarr gibt Eltern freie Wahl beim Teilen von Erziehungs- und Berufsarbeit.
- **Teilzeitstellen und Betreuungsangebote** erleichtern die Kinderbetreuung.
- **Steuersplitting und individuelle AHV-Renten** beseitigen die Diskriminierung der Ehepaare.

... gerechte Wirtschaft

- **Echter Wettbewerb und tiefe Lohnnebenkosten** schaffen Arbeitsplätze.
- **Gerechte Löhne, Ausbildungsplätze für Jugendliche und Arbeit für Beeinträchtigte** sind Ergebnisse verstärkter Sozialpartnerschaft.
- **Ein einfaches Steuersystem** ermöglicht mehr Gerechtigkeit.

... gesunde Umwelt

- **Lenkungsabgaben** reduzieren den Energieverbrauch und fördern erneuerbare Energien.
- **Förderung des öffentlichen Verkehrs** garantiert Mobilität bei geringerer Umweltbelastung.
- **Intakte Lebensräume** sind eine Investition in die nächsten Generationen.

Eine lebenswerte Schweiz sichern

Wir streben eine für alle lebenswerte Schweiz an. Damit meinen wir eine Gesellschaft, die einen hohen Grad an Sicherheit und Freiheit für die Gestaltung des eigenen Lebens und der persönlichen Entfaltung gewährleistet. Weiter verstehen wir darunter eine gerechte Gesellschaft und eine tragfähige Gemeinschaft von Menschen, die von gegenseitigem Vertrauen und Rücksichtnahme geprägt ist und die niemanden ausschliesst. Wir tragen Sorge zur Umwelt, um auch den zukünftigen Generationen die gleiche Lebensqualität zu ermöglichen.

Gestärkte Familien vermitteln Werte

Die Familie ist eine verbindliche Lebensgemeinschaft mehrerer Generationen. In ihr werden zentrale Werte vermittelt und die Gesellschaft der Schweiz geprägt. Deshalb gebührt ihr besonderer Schutz.

Kindergeld statt Subventionswirrwarr gibt Eltern freie Wahl beim Teilen von Erziehungs- und Berufsarbeit

Kinder sind kostbar – aber auch teuer. Darum unterstützt der Staat die Familien. Aber: Die derzeitigen Systeme sind kompliziert und benachteiligen Eltern, welche ihre Kinder vollständig zuhause betreuen. Das ruft nach einem Systemwechsel. Die EVP fordert darum eine einfache und einheitliche Lösung. Anstelle der bisherigen Zulagen, Abzüge und Subventionen soll für jedes Kind ein einheitliches Kindergeld ausbezahlt werden. Die Eltern bestimmen selber, wie sie es zugunsten der Kinder einsetzen wollen. Dieses Kindergeld soll durch Steuern finanziert werden. Damit tragen auch Kapitalerträge und Renteneinkommen zur Finanzierung bei. Zudem werden die Lohnnebenkosten reduziert. Gesamthaft sind die Ausgaben für das Kindergeld nicht höher als die bisherigen Leistungen.

Teilzeitstellen und Betreuungsangebote erleichtern die Kinderbetreuung

Damit die Eltern ihre Verantwortung für die Erziehung ihrer Kinder wahrnehmen können, brauchen sie Freiräume. Dafür muss die Vereinbarkeit von Erziehungs- und Berufsarbeit gefördert werden: durch mehr Teilzeitstellen für Männer und Frauen, durch die Anrechnung von Erziehungsjahren beim beruflichen Wiedereinstieg und durch verschiedenartige Betreuungsangebote.

Steuersplitting und individuelle AHV-Renten beseitigen die Diskriminierung der Ehepaare

Ehepaare werden gegenüber Konkubinatspaaren bei den Steuern und bei der AHV benachteiligt. Die EVP setzt sich ein für ein Steuersplitting. Es beseitigt die „Heiratsstrafe“, indem das Gesamteinkommen des Ehepaares durch zwei geteilt und zum tieferen Steuersatz veranlagt wird. Im Gegensatz zur Individualbesteuerung werden dadurch auch Einverdiener-Familien finanziell entlastet. Die EVP verlangt für Ehepaare ausserdem eine AHV-Rente nach dem Grundsatz „eine Person – eine Rente“.

Gerechte Wirtschaft *dient dem Wohl aller*

Der Staat soll die Rahmenbedingungen für eine gut funktionierende, gerechte Marktwirtschaft schaffen. Dazu gehören die Sicherstellung von echtem Wettbewerb, eine verlässliche Partnerschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und der Ausgleich zwischen hohen und tiefen Einkommen.

Echter Wettbewerb und tiefe Lohnnebenkosten schaffen Arbeitsplätze

Wettbewerb macht konkurrenzfähig, konkurrenzfähige Unternehmen schaffen Arbeitsplätze. Daher soll der Wettbewerb nicht durch (private) Monopole und Schutzbestimmungen behindert werden. Die EVP tritt ein für die konsequente Umsetzung des Kartellgesetzes, für Parallelimporte aus dem EU-Raum und den Abbau der entsprechenden Handelshemmnisse. Grenzen des Wettbewerbes sind nur dort zulässig, wo starke öffentliche Interessen tangiert werden. Mit den Lohnnebenkosten (Prämien für ALV, AHV, IV, EO, Kinderzulagen) werden viele Leistungen finanziert, welche die ganze Gesellschaft betreffen, nicht nur Arbeitnehmende und Arbeitgebende. Lohnnebenkosten sollen daher zunehmend durch Abgaben auf dem Energieverbrauch und allgemeine Steuermittel ersetzt werden.

Gerechte Löhne, Ausbildungsplätze für Jugendliche und Arbeit für Beeinträchtigte sind Ergebnisse verstärkter Sozialpartnerschaft

Die Partnerschaft von Arbeitgebenden und Arbeitnehmenden (Sozialpartnerschaft) hat sich bewährt, steht aber unter grossem Druck. Die Lohnschere öffnet sich, unverschämte Spitzensaläre und Bezüge sind an der Tagesordnung. Gewinne steigen, Löhne stagnieren. Arbeit auf Abruf, Sonntags- und Nachtarbeit werden vermehrt gefordert. Wir appellieren an die Arbeitgebenden: Eine faire Sozialpartnerschaft ist Voraussetzung für erfolgreiches Unternehmertum und allgemeinen Wohlstand. Jede Form von Lohndumping und Schwarzarbeit ist zu bekämpfen und Sonntagsarbeit ist auf ein Minimum zu beschränken. Die Integration von beeinträchtigten Personen in den Arbeitsmarkt soll gefördert werden. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sind Firmen zu bevorzugen, die Berufs- und Weiterbildung sowie familienfreundliche Strukturen anbieten und sich zur Einhaltung sozialer und ökologischer Grundsätze verpflichtet haben.

Ein einfacheres Steuersystem ermöglicht mehr Gerechtigkeit

Wir setzen uns ein für ein einfacheres und gerechteres Steuersystem: Alle Abzüge sollen abgeschafft, eine Progression hingegen belassen werden. Die Kinderabzüge dürfen erst dann aufgehoben werden, wenn das Kindergeld eingeführt ist. Auf Bundesebene wird eine vernünftig ausgestaltete Erbschafts- und Schenkungssteuer zur Mitfinanzierung der Sozialversicherungen eingeführt. Sie ist mit einer hohen Freigrenze ausgestaltet und entlastet die direkten Nachkommen. Ein gewisser Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen ist zwar sinnvoll, doch es braucht einen weitergehenden Ausgleich mit einer verbindlichen Bandbreite für die Steuerfüsse der Kantone.

Gesunde Umwelt ermöglicht Leben

Wir möchten Lebensqualität für alle. Aber unser Lebensraum, unsere Umwelt, ist bedroht durch die Auswirkungen und Risiken des hohen Energieverbrauchs und der Mobilität. Stichworte sind Klimawandel, Endlagerung, Feinstaub, Verbetonierung der Landschaft, schwindende Artenvielfalt, aber auch die extreme Abhängigkeit von importierten Energieträgern. Die EVP antwortet auf diese Bedrohungen mit der konsequenten Ausrichtung auf einen tieferen Energieverbrauch und mit der Umorientierung auf erneuerbare Energien. Sie will dies mit Anreizen und nicht mit Verboten erreichen. Dies bedingt einen Strukturwandel, der Zeit braucht und nur mit lenkenden und stützenden Massnahmen erreichbar ist.

Lenkungsabgaben reduzieren den Energieverbrauch und fördern erneuerbare Energien

Energieeffizienz, Energiesparen und erneuerbare Energien sollen finanziell interessant werden. Dazu eignet sich das marktwirtschaftliche Instrument der Lenkungsabgaben. Solche fordern wir auf allen nicht erneuerbaren Energien, eingeschlossen die CO₂-Abgabe. Die Erträge sollen an die Bevölkerung und die Unternehmen zurückerstattet, zur Reduktion der Lohnnebenkosten oder auch zur Förderung von Innovation und Investition auf dem Gebiet der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien eingesetzt werden. Diese Massnahmen müssen langfristig und verbindlich festgelegt werden, damit sich die Wirtschaft und die Bevölkerung darauf einstellen können. Weil erneuerbare Energien aus dem Inland sowohl CO₂-neutral sind wie auch die Abhängigkeit von Importen mildern, sollen sie speziell gefördert werden.

Förderung des öffentlichen Verkehrs garantiert Mobilität bei geringerer Umweltbelastung

Grenzenlose Mobilität ist kein lohnendes Ziel. Auf die Zunahme des motorisierten Individualverkehrs darf nicht unbegrenzt mit dem Bau neuer Strassen reagiert werden. Alternativen sind Roadpricing oder andere Lenkungsabgaben. Auch die gesundheitliche Belastung durch den Verkehr ist zu reduzieren. Gesetzliche Vorgaben für die Luftreinhaltung und den Lärmschutz müssen ohne weitere Fristerstreckungen konsequent vollzogen werden. Für Dieselfahrzeuge aller Art soll ein Partikelfilterobligatorium gelten. Der umweltfreundlichere öffentliche Verkehr und der Langsamverkehr werden gefördert durch entsprechende Investitionen und verbindliche Vorgaben. Dies gilt auch für den Anschluss des Schweizer Schienennetzes an das europäische Hochgeschwindigkeitsnetz als Alternative zu Kurz- und Mittelstreckenflügen.

Intakte Lebensräume sind eine Investition in die nächsten Generationen

Wir möchten Lebensqualität auch für unsere Nachkommen. Dazu gehören schönes Wohnen, attraktive Arbeitsplätze, Mobilität und Freizeitangebote, aber auch gesunde Luft, unberührte Natur, Artenvielfalt, Erholungsgebiete in der Stadt und auf dem Land. Leider droht die Umwelt übernutzt und die Landschaft zersiedelt zu werden. Darum soll dem Bund in der Raumplanung mehr Kompetenz zur Erhaltung einer möglichst intakten Landschaft übertragen werden. Unsere Umwelt soll nachhaltig genutzt und wirkungsvoll geschützt werden.